

Ludwig Watzal

NACH DEM GIPFEL

Die globale Sicherheitslage und Europa

Seit der Unterzeichnung des Mittelstreckenabkommens (INF) Anfang Dezember letzten Jahres durch den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, stehen die Zeichen im Ost-West-Verhältnis wieder auf Entspannung. Anfang der siebziger Jahre, als eine ähnliche politische Konstellation vorlag, hatte die Sowjetunion eine massive Aufrüstung auf allen waffentechnischen Gebieten betrieben. Wird die Sowjetunion den INF-Vertrag nun zur Aufrüstung oder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen nutzen?

Als nächstes, so wird von Amerikanern und Russen betont, sollen die strategischen Offensivwaffen (Interkontinentalraketen) um 50 Prozent reduziert werden. Für Europa kommt aber der konventionellen Abrüstung die größte Bedeutung zu. Denn durch die Vernichtung der Mittelstreckenwaffen erhöht sich die Stabilität in Europa nicht, wie von enthusiastischen Befürwortern des Abkommens betont wird. Die Probleme der westlichen Sicherheit bleiben weiter bestehen, und die langfristigen Konsequenzen kann noch niemand abschätzen.

Beim INF-Abkommen handelt es sich — daran gibt es nichts zu deuteln — um einen historisch beispiellosen Prozeß: Erstmals werden insgesamt an die 2800 Raketen vernichtet; es findet eine echte Abrüstung statt. Die Sowjetunion hat zwar mehr Sprengköpfe opfern müssen, dafür aber die vertragliche Absegnung ihres Großmachtanspruchs in Europa erhalten. Die USA verlieren die Möglichkeit, die UdSSR von Europa aus mit Bodengeschossen zu bedrohen. Die Sowjetunion dagegen bleibt in Europa. Insbesondere ihr konventionelles Machtpotential verlangt nach Ausgleich. Das kommunistische Gesellschaftssystem stellt weiterhin die größte Herausforderung an den freien Westen dar.

Der Ost-West-Konflikt

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Sowjetunion zu einer Weltmacht aufgestiegen und beansprucht seither ehrgeizig eine Führungsrolle im internationalen System. Dieses kann aber vom Westen nur hingenommen werden, solange die UdSSR ihre Interessen im Rahmen der Völkerrechtsnormen verfolgt. Sobald die

Sowjetunion versucht, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen, ist der Westen — insbesondere die USA — aufgefordert, sich dem Expansionsstreben zu widersetzen. Trotz „neuen Denkens“ und der Unterzeichnung des INF-Abkommens bleibt die Herausforderung durch die Sowjetunion für den Westen bestehen. Trotz „Offenheit“ und „Umgestaltung“ hält die Sowjetunion weiterhin die Völker Ost- und Mitteleuropas, Kubas, Angolas, Äthiopiens, Vietnams, um nur die wichtigsten zu nennen, unter ihrem Joch. Sie ist das letzte Imperium und die einzige imperialistische Macht im klassischen Sinne. Bis heute hat die UdSSR von ihrem Ziel der marxistischen Weltrevolution und der kommunistischen Weltherrschaft nicht Abstand genommen; sie besitzt weiterhin Verfassungsrang. Solange der proletarische Internationalismus als außenpolitische Handlungsmaxime gilt, besteht für westliche Politiker keinerlei Grund, das System der Sowjetunion und deren militärische Bedrohung für den Westen zu verharmlosen oder auf dem Gebiet der Verteidigung nachzulassen. Die in keinem natürlichen Verhältnis stehende militärische Aufrüstung der UdSSR könnte eines Tages zur politischen Erpressung des Westens eingesetzt werden; dies war auch die Befürchtung, auf Grund derer der NATO-Doppelbeschluß gefaßt worden ist. Bei ihren außenpolitischen Abenteuern hat die Sowjetunion in der Vergangenheit allerdings zu lange nur die externen Vorteile gesehen; die internen Kosten blieben dabei oft unberücksichtigt. In den meisten Fällen übersteigen die Kosten aber den Nutzen, auch hierfür sind Afrika und Afghanistan ein Beispiel. Die militärische Präsenz der Sowjetunion in Ost- und Mitteleuropa und auf anderen Kontinenten

beginnt das Kernland in seiner imperialen Existenz zu bedrohen. Um die innenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Sowjetunion steht es nicht zum besten. Einen Ausweg für die UdSSR aus diesem Dilemma gibt es nur dann, wenn sie Abstand von ihrer Überexpansion nimmt. Dazu bedarf es aber einer Politik, die auf die wirtschaftliche und politische Öffnung des Landes abzielt. „Offenheit“ darf nicht nur „Publicity“ bedeuten. Nur eine wirklich liberale und demokratische Politik hätte Auswirkungen sowohl auf das internationale System als auch auf den Ost-West-Konflikt.

Die Rolle der USA in der Welt

Amerika ist zur Zeit bestrebt, eine Balance zwischen seinen pazifischen und atlantischen Interessen zu finden. Als traditionelle pazifische Macht haben die USA in jüngster Zeit ihr wirtschaftliches Engagement in den pazifischen Staaten verstärkt. Wichtigster Verbündeter der USA in dieser Region sind die Philippinen, wo sich die größten amerikanischen Stützpunkte befinden, die für die Aufrechterhaltung der Präsenz der USA im pazifischen Raum von besonderer Bedeutung sind. Gelingt es nicht, der pazifischen Gemeinschaft eine Führungsstruktur zu geben und weitere Staaten zur militärischen Kooperation zu veranlassen, bleibt sie eine Fata Morgana. Für den Augenblick ist die These von der Verlagerung des wirtschaftlichen und des strategischen Schwerpunktes vom Atlantik zum Pazifik nicht aufrechtzuerhalten. Die Weltmacht USA ist selbstverständlich weiterhin an beiden Wirtschaftsregionen interessiert. Durch die konzentrierte Einflußnahme der Sowjetunion auf den pazifischen

Raum sind die Länder dieser Region sensibilisiert worden. Die Expansion zeigt sich in dem überdimensionalen Flotten- und Luftwaffenaufbau sowie in der überregionalen Allianz- und Stützpunktpolitik. Die pazifische Flotte der UdSSR ist zahlenmäßig die stärkste, sie hat ein erdrückendes Übergewicht gegenüber der amerikanischen. Der strategische Wert dieser Flotte liegt darin, die Öl- und sonstigen Transporte, auf die der Westen angewiesen ist, stören zu können. Auch die große Anzahl von Interkontinental- und Mittelstreckenraketen, Langstreckenbomben und raketenbestückten U-Booten in der pazifischen Region macht den betroffenen Ländern deutlich, wie weitgespannt die Asien-Politik der Sowjetunion ist.

Europäische Verteidigung

Da die Sowjetunion in den siebziger Jahren eine Macht mit globalstrategischer Kapazität geworden ist, läßt sich die Frage nach der Sicherheit Europas nicht mehr eurozentrisch beantworten. Ereignisse in scheinbar unwichtigen Regionen gewinnen zunehmend globalstrategische Bedeutung. Wie stellt sich unter diesen Bedingungen die Lage Europas dar?

Westeuropa befindet sich sowohl ökonomisch als auch verteidigungspolitisch in einem Dilemma. Es ist sowohl in seiner Industrie- als auch in seinen Agrarinteressen gespalten und ohne die Nuklearmacht USA weitgehend schutzlos. Die westeuropäische Integration stößt an ihre Grenzen. Sicherheitspolitisch besteht das europäische Dilemma darin, daß Europa keine politisch-militärische Führung besitzt und sich nicht selbst verteidigen kann. Ohne eine eigenständige Sicherheitspolitik, die auch theoretisch einer

sowjetischen Nuklearbedrohung standhalten könnte, vermag Westeuropa kein glaubwürdiger Akteur in den internationalen Beziehungen zu werden. Somit darf die künstliche Trennung von ökonomischen und sicherheitspolitischen Funktionen nicht länger aufrechterhalten werden. Was Europa augenblicklich verbindet, ist seine gemeinsame Schwäche. Westeuropa kann seine Integrationsbemühungen nur fortsetzen, wenn es gelingt, Antworten auf die wesentlichen Weltprobleme zu geben und eine glaubhafte Sicherheitspolitik anzubieten. Die Lücke zwischen strategischem Nichtengagement einerseits und dem Anspruch auf amerikanische Verteidigung andererseits klafft immer weiter auseinander. Die ehrlichste Lösung wäre die Gründung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft als einer Unterabteilung der NATO, wie sie kürzlich Helmut Schmidt vorgeschlagen hat. Sie müßte über eine eigene atomare Gegenschlagskapazität verfügen. Ohne diese nukleare Kapazität bleibt die wirtschaftliche Integration eine halbe Sache.

Dissonanzen im Bündnis

Die Befürchtungen der USA, daß die Westeuropäer sich von ihnen trennen könnten, sind unbegründet. Trotz der wirtschaftlichen Interdependenz der Europäer sind sie auf die amerikanische Nuklearabschreckung angewiesen.

Es ist allerdings verständlich, daß die Amerikaner es leid sind, sich von den Europäern eine sicherheitspolitische Absage nach der anderen einzuhandeln. So forderte kürzlich Zbigniew Brzezinski in der „Zeit“ den Abzug von 100 000 US-Soldaten, weil Europa nicht mehr der Brennpunkt amerikanischen Interesses

sei. Schon seit geraumer Zeit vernimmt man Dissonanzen im westlichen Bündnis. Die USA zeigen sich enttäuscht über die Zurückhaltung ihrer westeuropäischen Verbündeten. Ständig kritisieren sie amerikanische Aktionen, verlangen aber zugleich, daß die USA für ihre Sicherheit bürgen. Die globale Ausrichtung der amerikanischen Politik, die aufgrund der Supermachtrolle betrieben werden muß, wird aus einem provinziellen Blickwinkel beurteilt. Um als Weltmacht glaubwürdig zu sein, müssen die USA weiterhin in globalen Maßstäben denken und handeln. Die Europäer sollten dies anerkennen, da ihre Sicherheit zunehmend von globalen Entwicklungen abhängt, die außerhalb des NATO-Gebietes liegen. Dabei wird selbstverständlich nicht verlangt, daß alle Aktionen der USA immer unterstützt werden müssen.

Die amerikanische Außenpolitik kann man nur verstehen, wenn man Sicherheit, Wirtschaft und Weltanschauung als Einheit in globalem Kontext betrachtet. Die Ausbreitung der Demokratie und freiheitlicher Wirtschaftssysteme gehört zum fundamentalen Sicherheitsinteresse der USA. Hohe Bedeutung kommt dabei der wirtschaftlichen Sicherheit zu, die sich mit der Verteidigungs-, Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu einer Einheit verbindet. Auf diesem Hintergrund ist das amerikanische Engagement im Golf, in Zentralamerika und im Nahen Osten zu beurteilen, um nur einige Krisenpunkte der Weltpolitik zu nennen.

Die militärische Zurückhaltung der Europäer im Persischen Golf hat die antieuropäischen Stimmen in den USA hörbarer werden lassen. Mit Ausnahme Frankreichs, Großbritanniens und Italiens halten sich die Westeuropäer vornehm bedeckt.

Sie lassen die USA die politischen Risiken alleine tragen, obwohl gerade sie von der Ölversorgung aus dieser Region abhängig sind. In den USA wird die Meinung vertreten, daß Europa zu wohlhabend geworden sei, um nur die USA die Hauptlasten tragen zu lassen. Die USA sind auf Dauer nicht bereit, die Interessen Westeuropas weitgehend alleine zu verteidigen.

Das „Europe first“ gilt in den USA nicht mehr unumschränkt. Regionen wie die Karibik, der Pazifik, der Persische Golf und der Nahe und Mittlere Osten sind gleichrangig oder sogar bedeutender geworden. Das Zögern der Europäer im Persischen Golf hat im amerikanischen Kongreß die vorhandene Neigung verstärkt, die Verteidigung Europas den Europäern selbst zu überlassen. Die Krise im Golf hat deutlich gemacht, daß die NATO eben nur ein regionales Bündnis ist. Die USA sehen sich deshalb gezwungen, ihre Truppen neu zu verteilen, um den möglichen Bedrohungen ihrer Interessen und denen ihrer Verbündeten besser zu begegnen. Dies würde die NATO stärken.

Weitere Abrüstung?

Was bedeutet die Unterzeichnung des INF-Abkommens für Europa, und was sind dessen Auswirkungen auf die europäische Sicherheit? Schon das erste Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik im Oktober 1986 hat den Europäern deutlich gemacht, daß ihre Sicherheit zugunsten von Utopien einer nuklearwaffenfreien Welt aufs Spiel gesetzt worden ist. Die Unterzeichnung des Vertrages stellt den Westen vor zwei Fragen: Wie kann eine von Abrüstungseuphorie beeinflusste europäische Öffent-

lichkeit vom objektiven Zwang zur Modernisierung der verbliebenen taktischen Nuklearwaffen und der Erhöhung der konventionellen Verteidigungskraft überzeugt werden, und: Wie kann die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie erhalten bleiben, wenn auf eventuelle Vorstöße der Länder des Warschauer Paktes nicht mehr mit landgestützten amerikanischen Mittelstreckenwaffen gegen Ziele in der Sowjetunion geantwortet werden kann? Langfristig, so ist zu erwarten, wird der Abbau der Mittelstreckenwaffen die Verbindung der USA zu Europa lockern. Ex-NATO-Generalsekretär Lord Carrington befürchtet eine Beeinträchtigung europäischer Sicherheit und warnt vor einem „nuklearen Nirwana“, das nicht anbrechen werde.

Die Unterzeichnung des INF-Vertrages hat der Sowjetunion einseitige Vorteile gebracht. Sie kann nicht mehr von Europa aus direkt bedroht werden. Damit wird die westliche Abschreckung stark beeinträchtigt. Durch den Wegfall der sowjetischen SS 20, SS 23 und „Scud“ ändert sich an der Bedrohung des Westens wenig. Moskau verzichtet zwar auf dreimal so viele Waffen wie der Westen, aber deren Ziele sind bereits durch neue bewegliche Interkontinentalraketen abgedeckt.

Durch den INF-Vertrag werden die Supermächte aus ihrer Risikogemeinschaft entlassen. Wie kann die NATO die entstandene Glaubwürdigkeitslücke in ihrer Strategie schließen? Dies kann einerseits über eine konventionelle Aufrüstung des Westens oder andererseits durch eine konventionelle Abrüstung des Warschauer Paktes erfolgen, dessen Überlegenheit sollte schnellstens ausbalanciert werden.

Was aber hat die NATO der Sowjetunion anzubieten? Die NATO wird sich sehr bald bewußt werden, daß sie auf konventionellem Gebiet kein Verhandlungspolster besitzt. Angesichts der Überlegenheit des Ostens — auch im Chemiewaffenbereich — wird die Sowjetunion wohl kaum bereit sein, ihre Truppen aus der DDR oder Osteuropa abzuziehen. Der Weg über eine konventionelle Abrüstung wird deshalb über eine konventionelle Aufrüstung gehen müssen. Schon jetzt eröffnet Moskau gegen diese Absicht seine Propaganda, um die Stimmung im Westen in seinem Sinne zu beeinflussen. In einem Interview mit der Parteizeitung „Prawda“ beschuldigte der sowjetische Generalstabschef Sergej Achromejew den Westen, einseitig konventionell aufrüsten zu wollen; dies werde die Sowjetunion nicht hinnehmen. Wie schwierig die Abrüstungsgespräche werden können, zeigen die Wiener MBFR-Verhandlungen, die sich schon im 14. Jahr erfolglos dahinschleppen. Ohne Gegenleistungen werden die Sowjets ihre Überlegenheit an Mannschaften, Panzern und Artillerie nicht aufgeben. Ohne die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa hätten die Sowjets ihr Mittelstreckenpotential wohl kaum abgebaut. Der NATO-Doppelbeschuß von 1979 hat sich im nachhinein als richtig erwiesen. Bevor die Europäer sich auf Verhandlungen auf konventionellem Gebiet einlassen, sollten sie mit den Sowjets über die Militärdoktrinen reden. Die Strategie der NATO ist defensiv, wohingegen die des Warschauer Paktes offensiv ist. Die Armeen des Warschauer Paktes haben schon aufgrund ihrer Bewaffnung bei einem Angriff eine sehr kurze Vorwarnzeit und eine hohe Invasionsfähigkeit

erworben, die überdies durch geographische Vorteile unterstützt wird. Daneben wird es das wichtigste Ziel der Europäer sein, die 15:1-Überlegenheit der Sowjetunion bei den Kurzstreckenraketen unter 500-km-Reichweite und auf fast allen Gebieten der konventionellen Rüstung abzubauen. Die sowjetischen Kurzstreckenraketen bedrohen nicht ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch Frankreich und Großbritannien. Die konventionelle Unterlegenheit des Westens kann also nur durch eine nukleare Abschreckung ausgeglichen werden oder durch ein Arsenal von nicht-atomaren Hochpräzisionswaffen. Den Europäern müßte es gelingen, eine integrierte Verteidigung einschließlich eines atomaren Schirmes und eines effektiven Antiraketensystems zu etablieren, dann wäre der regionale Dominanzanspruch der Sowjetunion in Europa abgewehrt.

Deutschland und Frankreich

Beim jüngsten Treffen zwischen dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und Bundeskanzler Kohl in Paris wurde die Einrichtung eines Verteidigungsrates beschlossen. Nicht erst seit der Unterzeichnung des INF-Abkommens äußern französische Verteidigungsexperten, daß ein Angriff auf Frankreich nicht erst dann beginne, wenn der Feind französisches Staatsgebiet erreicht habe. In diesem Zusammenhang wird in Paris von einem „europäischen Verteidigungsraum“ gesprochen. So betonte kürzlich Premierminister Chirac, daß Frankreich im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik „sofort und ohne Vorbehalt“ eingreifen werde. Diese Aussage wurde aber zwei Tage später von Chirac ein-

geschränkt, und auch Staatspräsident Mitterrand betonte, daß der Einsatz der französischen Atomstreitmacht „natürlich eine nationale Entscheidung“ sei. Von einer Nukleargarantie kann also keine Rede sein. Eine enge deutsch-französische Kooperation auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigung kann realistischere Weise nur als Ergänzung zur NATO geschehen. Für Frankreich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Sicherheit Europas nur durch die atomare Abschreckungsgarantie der USA ausreichend gewährleistet wird. Für Mitterrand kann Abschreckung nur global sein. Gelingt eine engere Zusammenarbeit und nimmt der Verteidigungsrat konkretere Formen an, wäre dies eine Stärkung der Verteidigungskraft unterhalb der strategischen Schwelle.

Vor zu großen Hoffnungen bei der Realisierung des Verteidigungsrates sei gewarnt. Es besteht die Gefahr, daß ein weiteres Gremium entsteht, das Posten und Themen schafft, strategisch aber unwirksam ist. Nur ein deutsch-französischer Zusammenschluß, der zu einem Pfeiler in einem zusätzlichen Sicherheitssystem würde, kann ein realistisches Ziel sein. Vergessen werden sollte dabei nicht die reibungslose Kooperation mit Großbritannien. Mit Frankreich und Großbritannien sollte deshalb eine europäische Atomstreitmacht unter einer noch zu definierenden Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden. Dies würde den Aufbau einer NATO-Substruktur fördern und endlich den entscheidenden Beitrag Europas zur Verteidigung seiner Interessen darstellen. Zu einer Abkoppelung von den USA darf es jedoch keinesfalls kommen, denn der Weg zur dritten Supermacht Europa ist noch weit.